

1.4. Deutsche Digitalisierung:

Auszug aus dem Tagesanbruch vom 29.04.2025 von Florian Harms auf t-online: Jahrelang das Problem ausgesessen

„**Guten Morgen, liebe Leserin, lieber Leser,**
fast 40 Jahre nach Erfindung des Internets ist die Digitalisierung hierzulande immer noch Neuland. Die Folgen sind im Alltag allgegenwärtig: Einen Pass zu beantragen, die Grundsteuer zu entrichten oder ein Auto umzumelden, dauert vielerorts länger, als einen Computer in seine Einzelteile zu zerlegen und wieder zusammenzubauen. In Zügen und auf dem Land nerven Funklöcher, starre Ampelschaltungen behindern den Verkehr, in Schulen fehlen W-LAN und Tablets. Polizeidienststellen, Gerichte und Staatsanwaltschaften nutzen unterschiedliche Datensysteme, weshalb sich Verfahren in die Länge ziehen und manche Kriminelle durchs Raster fallen. Die digitale Patientenakte wird nun zwar endlich eingeführt, hat wegen der Sicherheitslücken jedoch ein miserables Image.

Auch Unternehmen macht die digitale Mangelverwaltung zu schaffen. Vielen Betrieben fehlt der Breitbandanschluss, die Beichtspflichten per Papier sind hanebüchen teuer, Genehmigungsverfahren dauern ewig und drei Tage. Der digitale Rückstand ist zu einem **Standortrisiko** für Deutschland geworden.

Jahrelang haben Bundesregierungen das Problem ausgesessen. Kanzlerin **Angela Merkel** brachte es fertig, mit großem Pomp einen "**Digitalrat**" ins Leben zu rufen, ihm aber weder Zuständigkeiten noch ein Budget noch einen Zeitrahmen zu geben, in dem er Ergebnisse produzieren sollte. Also tat das Gremium, was alle staatlichen Gremien tun, die zu Ablenkungszwecken gegründet werden: Es produziert heiße Luft.

Auch die Ampelregierung lieferte bei der Digitalisierung nicht mehr als Absichtserklärungen. Das von den Grünen und der FDP gewünschte Digitalministerium wurde von der SPD verhindert, weil die Genossen um die Kompetenzen ihrer Minister bangten. So gingen drei weitere Jahre ohne Fortschritt verloren. Mittlerweile schauen nicht mehr nur die Balten amüsiert auf den analogen Koloss in der Mitte Europas. Auch in Italien und Frankreich funktionieren Handynetze und Behördenverfahren vielerorts schneller als in der lahmen

Bundesrepublik, in Skandinavien und den Niederlanden sowieso. Deutschland 2025, das heißt oft: kein Anschluss unter dieser Nummer. **Jetzt soll sich das ändern.** Der designierte Kanzler **Friedrich Merz** hat in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt, dass die nächste Bundesregierung ein **zusätzliches Ministerium** bekommt: Es soll sich darum kümmern, die verschiedenen Stränge der **Digitalisierung** zusammenzuführen und koordiniert voranzutreiben. Noch ein Ministerium kostet noch mehr Steuergeld – das kann man kritisieren, zumal die **Staatsquote** sich immer weiter erhöht. Eigentlich bräuchte Deutschland eine **grundlegende Staatsreform**, die den Zugriff der öffentlichen Hand auf nahezu sämtliche Aspekte des Lebens zurückdrängt. Zu so einer Reform ist die schwarz-rote Koalition bedauerlicherweise weder willens noch in der Lage.

Dennoch: Wenn es sich lohnt, für irgendetwas neue Strukturen zu schaffen, dann für einen Turbo bei der Digitalisierung. So gesehen ist es ein Segen, dass CDU-Chef Merz seinen Willen durchgesetzt und der SPD ein **Digitalministerium** abgetrotzt hat – und dieses mit einem Fachmann statt einem Politiker besetzt: Der Topmanager **Karsten Wildberger** bringt viel Erfahrung für den Job mit. Als Chef der Elektrofachmärkte Media Markt und Saturn arbeitet der 55-jährige Hesse seit Jahren an digitalen Prozessen. Wenn es jemandem zutrauen ist, das labyrinthische **Zuständigkeitsdickicht** des deutschen Föderalismus zu entwirren, um einheitliche Standards für digitale Prozesse zu schaffen, dann einem Manager wie Wildberger.

"Es bräuchte ein zentrales Portal für alle Bundesbürger und alle Vorgänge zwischen den Menschen und dem Staat. Eigentlich müssten alle Behörden mit einem einzigen Datenpool arbeiten", forderte der Digitalpionier **Chris Boos** schon vor sechs Jahren in einem Interview mit unserer Redaktion, das auch heute noch lesenswert ist. Sein großes Aber damals: "Das können Sie hierzulande niemandem vorschlagen. Da laufen Sie in so viele Machtfragen rein. Was da an Zeit und Geld vergeigt wird, um immer wieder den gleichen Mist zu verfassen, ist irre."

Tatsächlich ist das Dickicht nicht nur undurchsichtig, es wird von den Bundesländern auch eifersüchtig verteidigt. Der neue Digitalminister kann deshalb nur erfolgreich sein, wenn er volle **Rückendeckung vom Kanzler** bekommt – auch dann, wenn all die anderen

täglichen Probleme von Trump über Zölle bis zur Ukraine eigentlich wichtiger erscheinen.

Pragmatismus hilft und Priorisierung hilft auch. Deshalb macht der Tagesanbruch dem künftigen Digitalminister heute **sechs konkrete Vorschläge**, die er sofort anpacken kann, um die deutsche Dauermisere zu beheben:

Erstens: Es braucht ein Gesetz, das den **Breitbandausbau** beschleunigt, indem es die Telekommunikationskonzerne bis 2030 zur flächendeckenden Glasfaserverlegung verpflichtet und die Genehmigungsverfahren für Handymasten und Netze verkürzt.

Zweitens: Die Regierung sollte ein bundesweites, einheitliches **Bürgerportal** für alle Verwaltungsleistungen einführen; "Deutschland-Login" könnte es heißen. Gemeinsam mit dem Bundesrat sollte sie bis 2027 eine **Digitalisierungspflicht** für sämtliche Behördenvorgänge erlassen und den Kommunen einheitliche IT-Standards auferlegen.

Drittens: Die Pflicht zur **papierlosen Verwaltung** sollte bis 2028 eingeführt werden. Alle Beamte in Finanzämtern und Angestellte in Kommunalverwaltungen sollten Schulungen bekommen – während Faxgeräte und Aktenordner öffentlichkeitswirksam verschrottet und geschreddert werden.

Viertens: In Zusammenarbeit mit dem künftigen CSU-Innenminister sollte der Digital-minister auf Visa-Freiheit für **ausländische IT-Fachkräfte** drängen, um den Fachkräfte-mangel in der Branche zu lindern.

Fünftens: Der Minister sollte die Bundesländer überzeugen, **Informatik** bundesweit als Pflichtfach ab der 5. Klasse und verpflichtende IT-Fortbildungen für Lehrer einzuführen. Computer, Tablets und andere Hardware in Schulen sollte alle fünf Jahre ausgetauscht werden.

Sechstens: Mit Unterstützung des Justizministeriums ist der ausgeuferte **Datenschutz** einzudämmen. Die neue Regierung sollte eine mit Politikern, Firmenlenkern und Fachleuten besetzte Kommission sowie einen parallel eingesetzten Bürgerrat Empfehlungen erarbeiten lassen, wie weit der Schutz persönlicher Daten wirklich gehen muss – und wo er schädlich ist, weil er Produktivität und Effizienz behindert. Das Ergebnis müsste der Digitalminister anschließend gegen den Widerstand der Datenschutzbeauftragten durchsetzen.

Reichen diese sechs Punkte schon? Vermutlich nicht. Aber würden sie helfen? Ja, so käme das Land einen großen Schritt voran.“

Kurze Anmerkung von Hans-Dieter Bottke:

Dass wir in Deutschland in den letzten Jahrzehnten vieles bei der Digitalisierung verschlafen haben, wird jetzt immer deutlicher. Die Folgen sind teilweise gravierende technologische und damit wirtschaftliche Rückstände zu Wettbewerbern aus anderen Ländern, einschließlich daraus erwachsener Abhängigkeiten, welche unsere Souveränität im Kern bedrohen. Dass nun mit einem neuen Digitalministerium gegengesteuert wird, ist richtig und wäre schon viel früher nötig gewesen. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Ministerium wirklich erfolgreich agieren wird.